

Thomas Richter, Hauptgeschäftsführer des deutschen Fondsverbands BVI, in der FAZ vom 18. August 2018

Fünf Mythen über Fonds

Vor kurzem war ich Teilnehmer einer Anhörung der EU-Kommission in Brüssel. Ich war schockiert von den Behauptungen, die dort von Verbraucher- und Versicherungslobbyisten verbreitet wurden. Zeit für eine Richtigstellung, bevor sie jemand glaubt.

1. Privatanleger haben keine ETFs

Ende 2017 waren in Deutschland 132 Mrd. Euro in ETFs investiert. Privatanleger hatten damals bei Direktbanken 17 Mrd. Euro in ETFs angelegt. Das macht einen Anteil von 13 Prozent. Tatsächlich ist er größer, denn ETF-Anlagen bei Robo-Beratern und in fondsgebundenen Versicherungen sind noch nicht erfasst. Bei den Aktienfonds machten ETFs in Deutschland 2017 bereits 77 Prozent der Zuflüsse aus.

Privatanleger, die kein Aktienrisiko wollen, kaufen Mischfonds oder Immobilienfonds; für diese gibt es oft keinen vergleichbaren ETF. Das passt offensichtlich nicht zu der Behauptung, dass die Berater ihren Kunden mangels Provision ETFs vorenthalten. Der Wettbewerb der aktiven und passiven Manager wird inzwischen täglich über die Medien ausgetragen. Wozu der Lärm, wenn Privatanleger doch keine ETFs kaufen?

2. Provisionen führen zu Falschberatung

Nach Ansicht der Verbraucherschützer nützen Provisionen nur dem Berater, deshalb wollen sie sie verbieten. Gerne werden die USA wegen des ETF-Anteils von Privatanlegern als Vorbild genannt. Dafür hat dort aber der Markt gesorgt. Es gibt in den USA - wie auch im Rest der Welt mit Ausnahme einer Hand voll Staaten - kein Provisionsverbot. In Europa soll gesetzlicher Zwang her. Abgesehen davon, dass Privatanleger immer mehr in ETFs investieren (s. Mythos 1), lassen die Verbraucherschützer außer Acht, dass viele Anleger schlicht kein Honorar bezahlen wollen und sich Kleinanleger für Honorarberater meist nicht rechnen. In England, wo es seit 2013 ein Provisionsverbot gibt, bieten Berater für Anlagesummen unter 100,000 Pfund vielfach keine individuelle Beratung mehr an. Das führt dazu, dass dort Millionen Kleinsparer nicht mehr beraten werden. Die sozialpolitische Dimension unterlassener Altersvorsorge scheint die Verfechter eines gesetzlichen Verbotes wenig zu interessieren. Lieber gar keine Beratung als Provisionsberatung! Dabei hat diese durchaus ihre Vorzüge: Wer viel anlegt zahlt viel, wer wenig anlegt wenig.



Zudem kann man sich beraten lassen, ohne am Ende kaufen zu müssen, d.h. man kann kostenfrei "nein" sagen.

3. Aktive Fonds sind zu teuer, es gibt kaum Wettbewerb

Fonds machen unter 10 Prozent des Finanzvermögens von Privatanlegern aus. Trotzdem stürzen sich Regulatoren wie die europäische Wertpapieraufsicht ESMA immer zuerst auf die Fondskosten. Das liegt daran, dass Fonds transparenter sind als andere Finanzprodukte, die damit durch ihre Intransparenz geschützt werden. Vergleicht man das Kosten-Ertrags-Verhältnis eines typischen Rentenfonds mit dem einer Kapitallebensversicherung, schneidet der Fonds über 30 Jahre im Schnitt besser ab. Außerdem sind die Kosten europäischer Fonds in den letzten Jahren gesunken; laut Morningstar von 1,09 Prozent im Jahr 2013 auf 1,0 Prozent im Jahr 2016. Der Kostenwettbewerb ist in vollem Gange, nicht zuletzt durch den Erfolg der ETFs (die Privatanlegern ja angeblich vorenthalten werden, siehe Mythos 1.). Große Fondsgesellschaften haben für ihre aktiven Fonds bereits neue Preismodelle mit sehr niedrigen Basisgebühren angekündigt. Vor diesem Hintergrund wirkt die Behauptung, es gäbe zu wenig Wettbewerb untereinander und mit ETFs, bestenfalls uninformativ.

4. Es gibt zu viele Fonds in Europa

Daher seien die Skaleneffekte geringer und die „Stückkosten“ höher als in den USA. Der Vergleich hinkt. Zwar werden in den USA ca. 10.000 Anteilscheinklassen angeboten, während es in der EU 55.000 sind. Aber die USA sind ein Staat, die EU sind 28 mit jeweils eigenen Vertriebsstrukturen, Rechtssystemen, Sprachen und Anlagetraditionen. Aus Sicht des Anlegers sind es auch nicht 55.000 Fonds. Ein deutscher Anleger hat theoretisch Zugang zu rund 9000 Fonds. Was in Portugal oder Estland im Angebot ist, betrifft ihn nicht. Zugegeben, 9000 Fonds sind immer noch viel, aber die Anbieter verschmelzen regelmäßig Produkte, was ihnen wiederum den Vorwurf einbringt, sie würden Anlegern ihre Fonds wegnehmen und ohnehin nur die Produktpalette schönieren. Fonds aus unterschiedlichen Ländern kann man im Übrigen nicht steuerneutral für den Anleger verschmelzen. Überhaupt finde ich den Vorwurf, es gäbe zu viele Produkte, ziemlich bizarr. Gegen keine andere Branche habe ich ihn jemals vernommen. Oder hat sich schon mal jemand über zu viele Turnschuhe beschwert? Auch dort würden Skaleneffekte die Stückkosten senken. Ich stelle mir vor, es gäbe in der EU weniger Fonds als in den USA. Sofort würde der Ruf nach mehr Wettbewerb laut.

5. Fonds sind zu spekulativ für die Altersvorsorge

Diesen Mythos setzen die Versicherer in die Welt. Sie wollen sich damit vor Konkurrenz abschotten und ihr bröckelndes Monopol in der staatlich geförderten Altersvorsorge in einigen Ländern retten. Nehmen wir die volatilste Anlageklasse, also



Aktien, und lassen Renten-, Misch- und Immobilienfonds beiseite. In keinem Zeitraum von 30 Jahren haben Aktienfonds im Schnitt Verluste gemacht. Die jährliche Wertentwicklung von 30-jährigen Sparplänen auf globale Aktienfonds liegt durchschnittlich bei 6,5 Prozent. Apropos Sicherheit - das in Fonds angelegte Kapital ist getrennt von der Bilanz der Fondsgesellschaft und damit vor Verlust geschützt, sollte diese pleitegehen, was in Deutschland im Übrigen noch nie vorgekommen ist. Dagegen überwacht die deutsche Aufsichtsbehörde BaFin mehr als ein Drittel der Lebensversicherer sehr genau wegen der Auswirkungen der niedrigen Zinsen auf deren Bilanz.